

Sifa-Post

Neues zu Sicherheit und Kriminalität

08. April 2009

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Aktion gegen Kriminalität

Postfach 23
CH-8416 Flaach
Tel: 052 301 31 00
Fax: 052 301 31 03
PC-Konto: 87-370818-2

mail to: info@sifa-schweiz.ch

*Für den Inhalt ist verantwortlich:
Ulrich Schliuer, Geschäftsführer sifa*

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns Änderungen
Ihrer E-Mail-Adresse mitteilen.

Bessere Kontrolle von Imamen

Hassprediger sind auszuweisen

Imame haben einen grossen Einfluss auf die Integration muslimischer Einwanderer. Eine parlamentarische Motion fordert jetzt eine bessere Kontrolle der in der Schweiz praktizierenden Imame.

Europäische Staaten wie Frankreich, Spanien kennen bereits eine genaue staatliche Kontrolle aller Imame. Zugelassen wird nur, wer die Anforderungen erfüllt. Extremisten unter den Geistlichen werden ausgewiesen.

Demokratie-Ablehnung

Die Tatsache, dass in Biel rund um eine Moschee eine Al Qaida-Gruppe aktiv Kämpferrekrutierung betrieben hat, zeigt, dass auch die Schweiz nicht gefeit ist vor diesen Problemen. Auch moderate Muslime berichten immer wieder von Hasspredigern und Extremisten in der Schweiz. In der Sendung «Kulturzeit» auf 3sat war kürzlich zu Schweizer Islamisten zu hören:

«3000 militante Islamisten, so schätzen Experten, gibt es unter den 300'000 Muslimen in der Schweiz. Sie treffen sich in 130 Moscheen und Gebetszentren. In wie vielen Hass gepredigt wird, ist unklar. Allein in Biel gibt es mehr Moscheen als Kirchen – acht insgesamt. Als radikal gelten islamische Zentren in Basel, Biel, Genf und Zürich.»

Eine Studie des Wiener Islamwissenschaftlers Mouhanad Khorchide hat in Österreich für erhebliches Aufsehen gesorgt, zumal sie auf Befragungen von immerhin zwei Dritteln der islamischen Religionslehrer und damit auf einem durchaus repräsentativen Fundament beruht: 22 Prozent der Befragten lehnen Demokratie ab.

27 Prozent negieren die Menschenrechte. 28 Prozent sehen einen Widerspruch zwischen Europäer- und Muslimsein. Für 44 Prozent ist die Vermittlung von Überlegenheitsgefühlen vorrangiges Ziel. 18 Prozent meinen, Muslime, die vom Islam abgefallen sind, wären mit dem Tod zu bestrafen. 73 Prozent der Befragten Imame haben keine theologische und keine pädagogische Ausbildung.

Anfang Februar 2009 hatten die Wiener Behörden einem Imam Unterrichtsverbot erteilt, weil dieser antisemitische Flugblätter verteilt hatte. Mitte März 2009 stürmten Spezialkommandos der belgischen und deutschen Polizei mehrere Moscheen und Büros von Imamen. Es wurde umfangreiches Beweismaterial sichergestellt. In Grossbritannien forderte die anti-extremistische islamische «Quilliam Foundation» strengere

Einreisebestimmungen, weil die gegenwärtigen Imame die Jugendlichen radikalieren würden und Frauen völlig aus ihren Moscheen verbannt würden.

Umstrittene Schulbücher

Das österreichische Bildungsministerium ist in den letzten Monaten aktiv geworden: Lehr- und Dienstpläne sollen erneuert, die Pädagogen auf Deutsch- und Demokratiekenntnisse überprüft werden. «Kein Lehrer», so die Grundaussage des Massnahmenpakets, «egal in welchem Fach, egal welcher Konfession – darf an Österreichs Schulen undemokratische Aussagen tätigen oder unsere Verfassung missachten.» Bis Ende April werden zudem umstrittene Schulbücher und Lehrmaterialien von einem wissenschaftlichen Beirat evaluiert, die islamischen Fachinspektoren müssen künftig pro Semester dem Bildungsministerium einen Tätigkeitsbericht vorlegen.

Eine kritische Durchleuchtung der Unterrichtstexte scheint durchaus angebracht: Kürzlich erst wurde in einem von der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) approbierten, von deren Präsidenten Schakfeh persönlich bearbeiteten Religionsbuch die Darstellung eines fallenden Soldaten samt Gewehr und Handgranaten entdeckt. Die Erläuterung pries den sterbenden Kämpfer naturgemäss als Märtyrer, dem das Paradies sicher sei. Und ein Islamlehrer erhielt Unterrichtsverbot, weil er in der Klasse Zettel verteilt hatte, die zum Boykott angeblich «jüdischer» Firmen aufriefen.

Die sifa fordert

Nationalrat Lukas Reimann hat gestützt auf diese Fakten am 20. März 2009 eine Motion eingereicht. Darin wird gefordert: Der Bundesrat wird beauftragt, ein Prüfungsorgan für Imame zu schaffen und eine damit verbundene Bewilligungspflicht für deren Berufsausübung in der Schweiz einzuführen. Gesetzlich ist festzuhalten: Die Bewilligung wird nur erteilt, wenn er die Einhaltung unserer Rechtsordnung und der verfassungsmässigen Grundrechte anerkennt. Imame, welche unseren säkularen Rechtsstaat, die Demokratie, die

Religionsfreiheit oder die Menschenrechte ablehnen, sind aus der Schweiz auszuweisen.

Reinhard Wegelin/sifa

Wir bitten Sie: Verbreiten Sie diesen Kommentar an alle Ihnen zugänglichen Adressen.

Werden Sie sifa-Mitglied.

Informationen erhalten Sie bei:

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Postfach 23, 8416 Flaach

Tel. 0041 (0)52 301 31 00

Fax 0041 (0)52 301 31 03

info@sifa-schweiz.ch

Besuchen Sie die «sifa» im Internet:

www.sifa-schweiz.ch